

Kerstin Burmeister



© 2008 [AGI-Information Management Consultants](http://www.dandelion.com)
May be used for personal purposes only or by
libraries associated to [dandelion.com](http://www.dandelion.com) network.

Schattenhaushalte des Bundes



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Darstellungen	9
Abkürzungsverzeichnis	11
I Einleitung	15
1 Die Herkunft des Begriffs Schattenhaushalt	15
2 Die Aktualität dieser außerbudgetären Aktivitäten	17
3 Die Ungeklärtheit der Bezeichnung	19
4 Definition des Schattenhaushalts	22
5 Schattenhaushalte und die verfassungs- und haushaltsrechtliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland	25
II Der Ursprung der Bezeichnung Schattenhaushalt: Ausgabereste aus übertragbaren Haushaltsmitteln	33
1 Ausgabereste als Schattenhaushalte des Bundes	33
2 Die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung zur Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln	37
3 Der Juliusturm	47
4 Die Novellierung der Vorschriften zu den Ausgaberesten durch die Haushaltsrechtsreform von 1969	53
III Die Flucht vor der parlamentarischen Kontrolle durch die Ausnutzung von Restkreditermächtigungen aus vorherigen Haushaltsperioden	59

IV	Gewährleistungsverpflichtungen des Bundes als Phänotyp des Schattenhaushalts	67
1	Funktion der Gewährleistungsverpflichtungen des Staates	67
2	Finanzpolitische Bedeutung der Gewährleistungsverpflichtungen.	70
3	Wirtschaftspolitische Bedeutung der Gewährleistungsverpflichtungen	74
4	Haushaltsrechtliche Aspekte der Gewährleistungsverpflichtungen.	75
5	Gewährleistungsübernahmen des Bundes in 1996	79
V	Private Vorfinanzierung öffentlicher Aufgaben am Beispiel des Bundesfernstraßenbaus.	83
1	Vorbemerkung	83
2	Die Aufnahme von Krediten über die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa) von 1955 bis 1973.	83
3	Die Wiederbelebung der Privatvorfinanzierungen auf Bundesebene	91
	a) Das Konzessionsmodell.	91
	b) Die Anwendung des Konzessionsmodells auf Bundesebene seit 1994.	96
4	Konzessionsmodell und Haushaltsrecht	103
	a) Art. 109, 110 und 115 Grundgesetz.	103
	b) Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	108
5	Exkurs: Weitere aktuell diskutierte Methoden privater Vorfinanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen.	115
	a) Das Leasingmodell.	115
	b) Das Generalunternehmermodell.	117
6	Abschließende Einschätzung der Privatvorfinanzierung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen.	118

VI	Schulden der Treuhandanstalt: Schulden des Bundes123
1	Rechtsgrundlagen, Aufgaben und haushaltsrechtliche Gestalt der Treuhandanstalt123
2	Die Kreditaufnahme der Treuhandanstalt130
3	Die Verteilung der Treuhandschulden auf ihre einzelnen Aufgabenbereiche135
4	Die Gewährleistungsverpflichtungen der Treuhandanstalt141
5	"Treuhand II": Die Auflösung des Schattenhaushalts und die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt144
VII	Das "Wohnungswirtschaftliche Moratorium".151
VIII	Kommunale Altschulden in den neuen Bundesländern.157
IX	Die fehlende Berücksichtigung von Steuermindereinnahmen in der Finanzplanung: Die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zur Steuerfreistellung des Existenzminimums.163
X	Die Kosten für den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und die Finanzplanung177
XI	Pensionsverpflichtungen der Gebietskörperschaften181
XII	Fazit187

Literatur- und Quellenverzeichnis	195
I Literaturverzeichnis	195
II Rechtsprechungsverzeichnis	209
III Zusammengefaßt aufgeführte amtliche Veröffentlichungen.	210
IV Reichstagsdrucksachen	210
V Bundestagsdrucksachen	210
VI Bundesratsdrucksachen	213
Sachregister.	215